Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 3

Artikel: Die soziale Umwälzung in den USA
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334261

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ein solches Land an die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen denken. Die eigene industrielle Schwäche war zu eklatant, um aus eigenem Vermögen solchen Eventualitäten gewachsen zu sein. So hielt Frankreich überall Umschau nach Bundesgenossen, und mehr und mehr nahmen seine dem Ausland gewährten Anleihen darum einen offenen politischen Charakter an. Frankreich trieb Weltmachtspolitik mit seinem Kapitalreichtum. Aber wenn es einmal zum Krieg kommt, dann entscheiden die Waffen, und fliegen alle nur durch Gold gewobenen Bündnisse auf.

Das ist, in groben Zügen, die wahre Geschichte der französischen Niederlage, für die Vichy jetzt Verantwortliche sucht. Frankreich ist besiegt worden, nicht weil sich irgendwer in den letzten Jahren irgendwelche Versäumnisse zuschulden kommen ließ, sondern weil es sich beständig weigerte, seine eigene Industrialisierung dem Tempo der Welt anzupassen, aus Angst, es könnten sich daraus Machtverschiebungen im Innern ergeben. Frankreich mußte vor Deutschland kapitulieren, nicht weil es Daladier oder Blum mit der Arbeiterschaft hielt, oder weil die französische Rüstungsindustrie verstaatlicht wurde, sondern weil die französische Bourgeoisie fürchtete, eines Tages vor der Arbeiterschaft kapitulieren zu müssen und darum die Industrialisierung mit allen Mitteln bremste. Frankreich steht da, wo es heute angelangt ist, weil der Klassenegoismus seiner Bourgeoisie stärker war als ihr Patriotismus, und die Urteile von Vichy unterstreichen nur, daß dieser Klassenegoismus mit allen ihm von jeher eigentümlich gewesenen häßlichen Merkmalen in voller Reinheit auch über die erlittene Niederlage hinaus erhalten geblieben ist. Er ist so brutal, rachsüchtig und kleinlich, wie er es immer war.

Einer Übermacht auf den Schlachtfeldern zu erliegen, ist allein noch kein Schimpf. Wenn aber etwas geeignet ist, die erlittene Niederlage zu einem solchen zu machen, dann sind es die Entscheidungen, die jetzt in Vichy gefällt worden sind.

Die soziale Umwälzung in den USA.

Von * *

Mit der gemeinsamen Erklärung, die der Präsident der Vereinigten Staaten zusammen mit dem englischen Premierminister als Ergebnis der persönlichen Besprechung im Atlantik abgegeben hat, haben die Vereinigten Staaten vor der Welt feierlich sowohl den Anspruch als die Verpflichtung übernommen, den ihrem Gewicht entsprechenden Anteil an der Neuordnung der internationalen Beziehungen nach dem Kriege zur Geltung zu bringen. Ein Passus der verkündeten acht Punkte, die die Linien für diese Neuordnung abstecken, berührt in einem Nebensatz auch die sozialen Verhältnisse. Wenigstens wird darin die Forderung nach Schaffung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen aufgestellt. Zunächst gehört das Wort freilich noch den Waffen, aber wenn vorderhand auch noch nicht gesagt werden kann, wie die neu zu ordnende Welt nach deren endgültigem Verstummen aussehen wird, so gewinnen die Vorgänge, die sich derzeit in den

Vereinigten Staaten auf sozialem Gebiete vollziehen, schon heute eine erhöhte Bedeutung, denn zweifellos werden diese eines Tages ihren Einfluß in der gleichen Richtung geltend zu machen versuchen, in der sie sich selber bewegen. Die Frage erhebt sich also: Wer ist dieses Amerika, das mit einem solchen Anspruch hervortritt, und wie ist sein eigenes soziales Gesicht beschaffen? Hat die Welt etwas von ihm zu lernen, und – dies vor allem – hat die Arbeiterschaft etwas im Sinne des sozialen Fortschrittes von diesem Amerika zu erwarten und zu erhoffen?

Hier ist zunächst zu sagen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenwärtig den Schauplatz einer der gewaltigsten sozialen Umwälzungen darstellen, die sich jemals irgendwo auf einem so ausgedehnten Raum und innerhalb einer so kurzen Zeitspanne vollzogen haben. Gewöhnlich spitzt die Welt die Ohren für geschichtliche Vorgänge nur dann, wenn sie das Wort Revolution vernimmt. Davon ist in den Vereinigten Staaten keine Rede. Was sich dort heute vollzieht, geschieht alles ganz legal, und zwar auf dem Boden einer parlamentarischen Demokratie, in der nicht einmal die Arbeiterschaft, sondern das Bürgertum tonangebend ist. Es gibt keine Revolution in den Vereinigten Staaten, es gibt nur Reformen, aber solche in so großer Zahl und mit einer derartigen Tiefenwirkung, daß sie im Effekt auf eine Revolution hinauslaufen, sofern man darunter eine einschneidende Veränderung des bisherigen Zustandes versteht.

Schon heute würde jemand, der die Vereinigten Staaten vor einem Jahrzehnt verlassen hat, sie nicht wieder erkennen. Damals war diese Republik noch das ideale Paradies der Trusts, der Kapitalmagnaten und der Börsenspekulanten, in dem die Arbeiterschaft wenig oder nichts zu sagen hatte. Wohl gab es Gewerkschaften, aber noch größer war die Zahl der Company-Unions, jener von den Unternehmern aufgezogenen und ihnen hörigen Organisationen, deren Schaffung keinen andern Zweck hatte, als die wirkliche gewerkschaftliche Organisierung schon in ihren Anfängen niederzuhalten. Und als ob ein solcher Schutz gegen die Arbeiterschaft noch nicht genügte, unterhielt das Unternehmertum noch die famosen Pinkertons, jene verwerflichen Streikbrecherorganisationen, die es jederzeit mit dem Auswurf der Menschheit, vom Agent-provocateur bis zum modern bewaffneten, mit Tränengas und Maschinengewehr operierenden Berufsmörder belieferten. Auch sorgte ein Heer engagierter Berufsspitzel dafür, daß Arbeiter, die verdächtig waren, mit den freien Gewerkschaften zu sympathisieren, unverzüglich auf die Straße gestellt und die Betriebe somit «gewerkschaftsrein» gehalten wurden.

Dieses Idealbild eines nach Belieben schaltenden und waltenden Unternehmertums wurde noch ergänzt durch das fast völlige Fehlen einer sozialen Gesetzgebung und eine womöglich noch schlechtere Handhabung der wenigen Gesetze, die zum Schutze der Arbeiterschaft formell in Geltung waren. Es genügte in den meisten Fällen, daß das Unternehmertum an einem noch so klaren Gesetzestext einen Interpretationszweifel zum Ausdruck brachte, um sich dessen Anwendung zu entziehen. Sozialversicherungen gab es überhaupt nicht. Der Arbeiter, der im Betriebe überflüssig geworden war, flog ohne irgendwelche Unterstützung auf die Straße, und

das gleiche Schicksal harrte seiner, wenn er die Arbeitsfähigkeit durch Alter oder Krankheit eingebüßt hatte. Die öffentliche Betriebsaufsicht war mehr als mangelhaft und demgemäß waren es auch die Sicherheitseinrichtungen in den Betrieben. Die Beschäftigung von Kindern in industriellen Betrieben stand in hoher Blüte.

Von alledem ist jetzt nur wenig mehr in den Vereinigten Staaten anzutreffen. Das Land hat heute eine der fortschrittlichsten Sozialgesetzgebungen der Welt, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern ohne Nachsicht für das Unternehmertum gehandhabt wird. Es gibt dort heute nicht nur eine Arbeitslosen-, sondern auch eine Altersversicherung und besondere Schutzgesetze für Frauen. Die Kinderarbeit ist ausgemerzt. Die normale Arbeitszeit ist auf vierzig Stunden pro Woche begrenzt und desgleichen ist eine unterste Grenze für die Löhne festgesetzt. Vor allem: Die Company-Unions sind wie auf Kommando verschwunden und desgleichen sind es die Streikbrecherorganisationen. Dafür brauchen die Gewerkschaften nicht mehr das Tageslicht zu scheuen. Kein Unternehmer darf es mehr wagen, einem Arbeiter die Tür zu weisen, nur weil er gewerkschaftlich organisiert ist. Die freien Gewerkschaften sind die anerkannten Vertreter der Arbeiterschaft und die einzigen Organisationen, die zur Unterzeichnung eines Arbeitsvertrages ermächtigt sind, dessen Inhalt offiziell anerkannt wird. Vorbei ist die Zeit, wo die Unternehmer einfach die Polizei herbeizuwinken brauchten, wenn sie die Forderungen der Arbeiter als lästig empfanden. Der Gesetzgeber hält sie an, sich mit den Gewerkschaften zu verständigen oder aber den Streitfall vor ein amtliches Schiedsgericht zu bringen, falls anders eine Einigung nicht zu erwirken ist, und statt bei Aussperrungen die Betriebe durch Polizei und Militär zu beschützen, entsendet die Regierung bei solchen Konflikten ihre Organe, um sie kurzerhand in ihre Regie zu übernehmen, wie sich dies kürzlich erst wieder im Falle einer großen Schiffswerft ereignete.

Es sind vor allem drei Gesetzesakte, die der Regierung der Vereinigten Staaten diese weitgehende Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erlauben: der *Public Contracts Act* (Gesetz betreffend öffentliche Aufträge), der *Fair Labor Standards Act* (Gesetz betreffend anständige Arbeitsbedingungen), und der *National Labor Relations Act* (Gesetz betreffend die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern). Das erste Gesetz hat zum Inhalt, daß öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die gewisse Arbeitsbedingungen, vor allem hinsichtlich der Arbeitszeit (40-Stunden-Woche) einhalten. Das zweite Gesetz — es datiert von 1938 — stellt Standardbedingungen für die Arbeitsverhältnisse auf (40-Stunden-Woche als normale Arbeitszeit und 40 Cents als Mindeststundenlohn), seine Anwendung befindet sich zurzeit noch im Anlauf. Und das dritte Gesetz verweist die Unternehmer zwecks Regelung der Arbeitsbedingungen auf die Schaffung von Kollektivverträgen, wobei Company Unions und ähnliche Gebilde ausdrücklich als Vertragspartner ausgeschlossen sind. Alle diese drei Gesetze haben eine gemeinsame und ganz eindeutig ausgerichtete Tendenz: sie bezwecken die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Förderung der Gewerkschaftsorganisationen, da nur eine

starke Gewerkschaftsbewegung imstande ist, das notwendige ständige Gegengewicht gegen das Unternehmertum zu bilden.

Bedenkt man, daß die Regierung, die den freien Gewerkschaften — und zwar ebenso dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) wie dem Komitee für Industrielle Organisation (CIO.), das in einem gewissen Gegensatz zum ersteren steht, — eine solche nachdrückliche Forderung zuteil werden läßt, einen rein bürgerlichen Charakter hat, so handelt es sich hierbei um ein Vorgehen, das in der ganzen Geschichte ohne Vorbild und in der Tat höchst ungewöhnlich ist. Überall haben sich die Gewerkschaften gegen die Regierungen durchsetzen müssen und, wenn überhaupt, erst in einem verhältnismäßig späten Stadium ihrer Entwicklung die gebührende Würdigung bei diesen gefunden, wobei auch dies nur zumeist mit Vorbehalten. Aber das ungewöhnliche Vorgehen der Regierung in den Vereinigten Staaten findet seine Erklärung durch die ungewöhnliche Entwicklung, die deren Wirtschaft genommen hat. Die Vereinigten Staaten sind ursprünglich ein Kolonialland gewesen und sie haben diesen Charakter wirtschaftlich und noch mehr sozial bis in die allerjüngste Zeit bewahrt, nachdem sie längst zum ersten Industriestaate der Welt aufgestiegen waren. Ihre Einwohnerschaft rekrutiert sich ursprünglich aus Einwanderern, die aus allen Teilen der Alten Welt dort als Pioniere eintrafen und zunächst keinen andern Gedanken hatten, als möglichst rasch zu Reichtum zu gelangen und mit gefüllter Börse wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Chancen waren im Anfang außerordentlich günstig. Dem Lande stand ein unermeßlich weiter freier Raum zur Verfügung, der dazu noch mit großen Naturreichtümern gesegnet war. Es ist wahr, daß diese Einwanderer bald bemerkten, daß auch die Möglichkeiten dieses Landes nicht unbegrenzt sind und daß sie dem Gedanken an schnellen Reichtum und glückliche Rückkehr in die alte Heimat schon früh entsagen mußten.

Aber die Pioniersmentalität lebte in den Vereinigten Staaten auch dann noch fort, als die Einwanderer bereits in der zweiten und dritten Generation seßhaft wurden. Demgemäß wurde alles, was der Sicherung eines geordneten und glücklichen Zusammenlebens nützlich und förderlich war, ziemlich weitgehend vernachlässigt. Man ließ die Entwicklung mehr über sich ergehen, als daß man sie meisterte, und begnügte sich im wesentlichen mit dem Genuß der persönlichen Freiheit, die einem die Heimat zumeist vorenthielt, und eines einigermaßen guten Lebensstandards, dem die Heimat auch im günstigsten Falle nichts Besseres entgegenzusetzen vermochte. So fand man zunächst auch nichts dabei, daß die herrschende Freiheit von einigen besonders Geschäftstüchtigen zum Aufbau riesiger Vermögen mißbraucht wurde und daß sie mit diesen inmitten des Landes Wirtschaftsreiche schufen, wie sie gigantischer kein noch so absoluter Kaiser oder König jemals sein eigen nennen konnte. Aber diese einseitige Häufung von Reichtum gereichte dem Lande mehr und mehr zum Unsegen. Sie hatte als Begleiterscheinung eine Häufung von Armut auf der andern Seite, die in dem Augenblick unvermeidlich wurde, als das Land keine freien Räume mehr bot. Denn damit war auch das Ende der inneren Expansion gegeben. Der Natur konnten keine neuen Reichtümer mehr ab-

gewonnen und es mußte mit dem hausgehalten werden, was man vorgefunden hatte. Das hieß für die übergroße Mehrzahl das Ende aller Millionärsillusionen und dauernder Zwang zur Lohnarbeit, sei es auf dem Lande im Dienste großer Farmen oder in der Stadt in Fabriken. Damit rückte gleichzeitig das Lohnproblem zu einer ganz anderen Bedeutung auf, denn nunmehr hörte dieses auf, nur eine Frage der Produktionskosten zu sein, sondern wurde zugleich entscheidend für die Kaufkraft des Landes überhaupt.

Zu dieser doppelten Bedeutung ist das Lohnproblem in den Vereinigten Staaten eigentlich schon lange gelangt. Es scheint jedoch, daß erst die große Wirtschaftskrise, die mit dem Börsenkrach im Herbst 1929 auf dem Gipfelpunkt der vielfach als «Wirtschaftswunder» gepriesenen Konjunktur zum Ausbruch gelangte, ihr zu einer allgemeineren Erkenntnis verholfen hat. Damals wurde die gesamte Wirtschaft des Landes bis in die innersten Fugen erschüttert. Alles war mit einem Schlage wie gelähmt. Banken stellten am laufenden Band ihre Zahlungen ein und die größten Industrieriesen kamen zum Erliegen. Hier nur einige Ziffern, die die eingetretene Wandlung beleuchten: die Zahl der in Industrie, Bergbau und bei den Eisenbahnen beschäftigten Personen sank von 10,8 Millionen im Jahre 1929 auf 6,8 Millionen im Jahre 1932, und die Zahl der von diesen geleisteten Arbeitsstunden von 25,5 Milliarden auf 13,3 Milliarden, also etwa die Hälfte. In der gleichen Zeit ging die in diesen Zweigen der Wirtschaft zur Auszahlung gelangte Jahreslohnsumme von 14,5 auf 6,1 Milliarden Dollar zurück.

Das war die Lage, wie sie Präsident *Roosevelt* bei seinem ersten Amtsantritt im Januar 1933 vorfand, nachdem der sprichwörtliche «Prosperity-Präsident» Hoover wohl die kläglichste Wahlniederlage erlitten hatte, die je einem sich zur Wiederwahl stellenden Präsidenten der Vereinigten Staaten beschieden gewesen war. Es kennzeichnet den Weitblick Roosevelts, daß er sich von Anfang an darüber Rechenschaft gab, daß mit den herkömmlichen Mitteln eine Rettung der Wirtschaft nicht zu bewirken war und daß es dazu völlig neuer, in Amerika bisher ganz und gar unbekannter, ja höchst verpönter Maßnahmen bedurfte. Zur Ausarbeitung eines organisch geschlossenen Gesamtplanes blieb freilich zunächst wenig Zeit. Um die Wirtschaft des Landes wenigstens notdürftig aufrechtzuerhalten, mußten schleunigst provisorische Stützbalken eingezogen werden. Den Banken wurde mit Staatsgarantien beigesprungen, Milliarden wurden in Bonus-Form an die Teilnehmer des Weltkrieges entrichtet und weitere unzählige Milliarden wurden auf andere Weise in die Wirtschaft gepumpt. Daß der neue Präsident auch eine große Konzeption hatte, verriet erstmalig der Plan des «New Deal», des sogenannten neuen Verfahrens. Dieser enthielt bereits die Grundideen der späteren Sozialgesetzgebung, wie sie namentlich in der National Labor Relations Act und in der Fair Labor Standards Act ihren Niederschlag gefunden hat. Roosevelt erwies sich als ein Reformer ganz großen Formats, der mit seltenem Weitblick die Zeichen der Zeit erkannte und der auch Kühnheit genug besaß, ihre Gebote allen Widerständen zum Trotz zu erfüllen.

Im Grunde genommen war das von Roosevelt zur Kurierung der ame-

rikanischen Wirtschaft angewandte Rezept höchst simpel und absolut nicht originell. Er pfropfte dem Lande ganz einfach einen großen Teil des Sozialsystems auf, wie es in England längst bestand. Aber während dieses sich dort im Laufe vieler Jahrzehnte unter fortwährender Anpassung an die Notwendigkeiten organisch entwickelt hatte, holte Roosevelt diesen ganzen Prozeß in ein paar Jahren nach, wobei er über die englischen Reformen zum Teil noch hinausging. Unter diesen Umständen waren gewisse Gewaltsamkeiten gar nicht zu vermeiden. Beispielsweise war es angesichts der gewaltigen Macht, zu der die amerikanischen Trusts angewachsen waren, ganz aussichtslos, erst den natürlichen Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung zu einem dem Unternehmertum gleichwertigen organisatorischen Faktor abzuwarten. Eine solche Entwicklung hätte von den Industrie- und Bankmagnaten Amerikas jederzeit mit Gewalt niedergehalten werden können, wie es ja auch tatsächlich bis zum Machtantritt Roosevelts der Fall war. Es handelte sich also wesentlich darum, eine Ungleichheit der Entwicklung, die sich bei Unternehmern und Arbeitern aus der Kolonialmentalität des Landes heraus gebildet hatte, ruckweise zu korrigieren und wenigstens einigermaßen das gestörte Gleichmaß wieder herzustellen.

Das ist bis zu einem gewissen Grad auch gelungen. Zählte man in den Vereinigten Staaten im Jahre 1909 gerade nur 2 Millionen gewerkschaftlich Organisierte und im Jahre 1929 3,5 Millionen, so bezifferten sich diese im Jahre 1939 auf 8,5 bis 9 Millionen und dürften seitdem noch weiter angewachsen sein. Wohl hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Lohnarbeiterschaft fast annähernd verdoppelt, aber auch wenn man diese Vermehrung berücksichtigt, bleibt der von den Gewerkschaften erzielte Vorsprung enorm. Einer Vermehrung der Arbeiterschaft um 75 Prozent seit 1909 steht eine Vervierfachung der Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1939 gegenüber.

Noch unvergleichlich größer ist der Aufstieg der Gewerkschaften ihrem Einflusse nach. Waren die von ihnen vor dem letzten Krieg, ja noch vor einem Jahrzehnt, abgeschlossenen Arbeitsverträge vereinzelte Erscheinungen und war es ihnen bis dahin nicht gelungen, in den industriellen Großbetrieben des Landes auch nur bescheiden Fuß zu fassen, so ist heute das ganze Land mit einem Netz solcher Abmachungen überzogen und ist dieses zu einem sehr wesentlichen Teil gerade über solche Industrien gespannt, die sich vordem mit Händen und Füßen gegen Verträge mit den Gewerkschaften sträubten. Sogar ein *Ford*, der als erklärter sozialpolitischer Gegenspieler Roosevelts anzusehen ist, hat kürzlich von seinem hohen Throne herabsteigen und sich zu einem Abkommen mit den Gewerkschaften bequemen müssen, wobei dieses wie zur Ironie noch vorsieht, daß er, der bisher keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in seinem Betriebe duldete, nun umgekehrt den gewerkschaftlich Unorganisierten die Türe weisen und obendrein noch selber regelmäßig die Beiträge für die Gewerkschaften einkassieren muß. Ein nicht minder großes Ereignis ist das Eindringen der Gewerkschaften in die Betriebe des Stahltrusts, der noch vor wenigen Jahren eine scheinbar nie zum Wanken zu bringende Zwingburg des profitgierigsten und gewerkschaftsfeindlichsten Kapitals war. Heute sind in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie die Ar-

beitsverhältnisse für mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten kollektivvertraglich geregelt. Dasselbe trifft auf die Aluminiumindustrie zu, und in der Flugzeugindustrie, wo das Tarifvertragswesen vor kurzem ebenfalls noch unbekannt war, unterliegt dieser Regelung ein Drittel der Beschäftigten. In der Elektroindustrie, wo gleichfalls die Großbetriebe dominieren, sind sogar drei Viertel aller Beschäftigten von einer tarifvertraglichen Ordnung erfaßt, und bei den Hafenbetrieben des Atlantiks, des Golfs und des Pazifiks gibt es so gut wie überhaupt keine Arbeiter, die noch außerhalb eines Abkommens mit den Gewerkschaften stehen. Dasselbe gilt von den Seeleuten, während in der Werkzeugmaschinenindustrie allerdings erst ein Viertel der Beschäftigten einer kollektivvertraglichen Ordnung unterstellt ist. Einen hohen Grad gewerkschaftlicher Durchdringung weist ferner die Gummiindustrie auf, wo für zwei Drittel der Belegschaften Kollektivverträge bestehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Kollektivvertragswesen in den Vereinigten Staaten heute noch überall im Fluß ist und daß fast jeder Tag neue derartige Abschlüsse bringt.

Die dadurch der Arbeiterschaft zugeflossenen Gewinne sind bereits nachweisbar. Nachstehend einige Ziffern, die dies überzeugend belegen.

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne (Cents)

Jahr	Manufakturwaren	Bergbau	Eisenbahnen
1933	45,5	55,7	58,7
1934	54,1	69,1	59,5
1935	55,9	74,0	64,3
1936	56,4	77,1	65,1
1937	63,4	82,8	66,9
1938	63,9	84,7	70,4
1939	64,4	85,7	70,7

Die Löhne sind somit in allen drei Gruppen unaufhaltsam gestiegen und lagen im Jahre 1939 beträchtlich über dem Niveau des Jahres 1933, dem Zeitpunkt ihres tiefsten Standes. Hierbei stellen die Erhöhungen größtenteils einen effektiven Gewinn dar, da in der gleichen Zeit die Lebenshaltungskosten nur geringfügig in die Höhe gegangen sind (von 75,0 auf 80,7, wenn man den Stand der Jahre 1923/25 gleich 100 setzt). Die Stundenlöhne lagen sogar in der Reihenfolge der oben angeführten Wirtschaftsgruppen um 7,8 bzw. 16,4 und 7,7 Cents höher als im Jahre 1929, obwohl die Lebenshaltungskosten seitdem um rund 20 Prozent gesunken sind.

Die *Wochenverdienste* sind dieser Entwicklung allerdings nicht ganz gefolgt, da die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden durchweg nennenswert kleiner war als im Jahre 1929. Betrug die Arbeitszeit im Durchschnitt aller drei Gruppen im letzteren Jahre 45,2 Stunden, so im Jahre 1939 nur 37,8 Stunden, was etwa dem Stande des Jahres 1933 entsprach. Dank dem starken Steigen der Stundenverdienste lagen aber auch die Wochenverdienste ihrer Kaufkraft nach um durchschnittlich 15 Prozent über dem Niveau von 1929 und um über 30 Prozent über dem Niveau von 1933.

Wie aus den neuesten statistischen Ausweisen hervorgeht, hat sich diese Besserung auch während des ganzen Jahres 1940 erhalten. Für einen großen

Teil der Arbeiterschaft ist aber dadurch eine wesentliche Zunahme der Verdienste eingetreten, daß die Zahl der Arbeitsstunden gestiegen ist und vielfach Überzeitarbeit verrichtet wurde, die allgemein mit einem Zuschlag von 50 Prozent vergütet wird, wobei als normale Arbeitszeit immer die Vierzigstundenwoche gilt.

Symptomatisch für die Haltung der Behörden in der Lohnfrage ist eine Entscheidung, die aus Anlaß von Konflikten in der Eisen- und Stahlindustrie seitens des Obersten Gerichtshofes gefällt worden ist. Einzelne Unternehmer, die Regierungsaufträge ausführten, hatten gegen die im Public Contract Act enthaltene Vorschrift, wonach Überstunden mit 50 Prozent Zuschlag zu entlohnen sind, Beschwerde erhoben, wobei sie geltend machten, daß die Produktion hierdurch verteuert werde. Indessen belehrte sie der Oberste Gerichtshof, daß die Regierung befugt sei, die Arbeitsbedingungen so festzusetzen, wie es ihr notwendig erscheine, um den Hauptzweck des angezogenen Gesetzes zu erreichen, der darin bestände, «die Möglichkeit auszuschalten, daß irgendein Teil der gewaltigen staatlichen Ausgaben Kräften zugute komme, die dahin tendieren, die Löhne und die Kaufkraft zu drücken». Und seitens des Arbeitsministeriums wurde diese Belehrung dahingehend ergänzt, daß die Überstundenzuschläge nicht notwendigerweise zu einer Verteuerung der Produktionskosten zu führen brauchten, da einmal die Aufsichtskosten bei verlängerter Arbeitszeit konstant bleiben und daß im Übergang zur Massenproduktion, wie sie die Kriegsaufträge mit sich bringen, die Produktionskosten ganz allgemein rückläufig werden. Nicht minder symptomatisch ist eine Bekanntmachung des Nationalen Verteidigungsrates vom 1. September 1940, die ausdrücklich fordert, daß alle Aufträge unter strikter Inachtnahme sowohl des Public Contract Act als des Fair Labor Act, wie auch des National Labor Relations Act ausgeführt werden müssen.

Mit diesen Entscheidungen ist die Hoffnung so vieler amerikanischer Unternehmer, daß mit dem großen Beschäftigungsandrang, wie dieser neuerdings durch die gigantischen Rüstungsaufträge ausgelöst worden ist, die neuen Sozialgesetze wieder hinweggespült oder doch nennenswert gelockert werden könnten, wenigstens vorläufig illusorisch geworden. Allerdings bestanden bei den Behörden gute Gründe, solchen Versuchen schon in den Anfängen zu wehren. Nicht nur haben diese dreimal das Recht auf ihrer Seite, wenn sie behaupten, daß für den Unternehmer der Nachteil der Überstundenzuschläge durch Vorteile auf einer andern Seite der Produktionskosten wieder aufgewogen werde. Es ist darüber hinaus in den Vereinigten Staaten auch eine Entwicklung eingetreten, die die Löhne auf einem weiten Gebiet bereits wieder ins Hintertreffen gebracht hat, indem noch schneller als diese die *Arbeitsproduktivität* gestiegen ist. So war amtlichen Errechnungen zufolge in der Gruppe «Manufakturen» die Arbeitsleistung pro Kopf und Stunde im Jahre 1939 um 64 Prozent größer als im Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1925. Im Anthrazitbergbau betrug die Steigerung in derselben Zeit sogar 78,6 Prozent und selbst die Eisenbahnen weisen eine solche um 49,3 Prozent auf. In derselben Zeit sind die durchschnittlichen Stundenlöhne ihrer Kaufkraft nach in den drei angeführten Industriegruppen um 48,8, 37,3 bzw. 48,3 Prozent gestiegen.

Mit der einzigen Ausnahme der Eisenbahnen ist die Arbeitsergiebigkeit der Entwicklung der Reallöhne also weit vorausgeeilt. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß dieses neue Auseinanderklaffen der beiden Kurven vor allem ein Ergebnis der allerletzten Jahre ist, seitdem die Konjunktur sich wieder in aufsteigender Linie bewegt. Bedenkt man, daß es im allertiefsten Grunde dieses Auseinanderklaffen von Arbeitslöhnen und Arbeitsergiebigkeit war, das die Wirtschaftskrise von 1929 heraufbeschwor, dann wird die Weigerung der amerikanischen Behörden, die Hand zu einem Lohnabbau, sei es auch nur in der Form der Überstundenzuschläge, zu bieten, ohne weiteres b· greiflich. Will die Regierung ihr bisheriges Sozialwerk nicht gefährden lassen, dann wird sie im Gegenteil noch den Weg der Steigerung der Reallöhne energisch weiter beschreiten und einen neuen Ausgleich zwischen Kaufkraft und Produktionskraft herstellen müssen, sei es durch weitere Hebung der Löhne, sei es durch Senkung der Preise. Aus amtlichen Publikationen ist zu ersehen, daß sich die zuständigen Stellen der Bedeutung dieses Problems wenigstens bewußt sind, wie man dort neuerdings überhaupt mit denkbar größter Aufgeschlossenheit an alle diese Fragen herangeht.

Das sind, auf einige Hauptstriche zusammengedrängt, die Veränderungen, die sich während der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten vollzogen haben. Es ist wahr: die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen dieser größte Industriestaat der Welt, der zugleich auch eine ihrer größten Farmen darstellt, sich gleich einer gewaltigen Pyramide erhebt, sind unberührt geblieben. Es herrscht dort nach wie vor Kapitalismus und das diesem innewohnende System der Lohnarbeit. Nicht einmal alle dunklen Flecken sind aus dem früheren Bilde ausgetilgt. Es gibt noch immer eine Arbeitslosenarmee, die an die fünf Millionen stark ist, und es gibt noch vieles andere soziale Elend dazu, wie auch noch lange nicht alle Millionäre und Milliardäre ausgestorben sind. Aber die Pyramide, die früher auf dem Kopf stand, ist umgekehrt worden. Die Arbeiterschaft ist nicht mehr wehr- und schutzlos dem Kapital ausgeliefert. Ihre Stellung und ihr Einfluß ist durch gesetzliche und vertragliche Regelungen erhöht. Jahrzehnte des Rückstandes sind nachgeholt worden. Amerika hat sich sozusagen europäisiert, und dies in der gleichen Zeit, wo Europa in weiten Teilen sein modernes Gewand abgelegt und sich – sozial gesehen – amerikanisiert hat.

Ist Sozialismus Verstaatlichung?

Von Ernst Müller.

(Schluß.)

Ist Marx vom «‚möglichen‘ Kommunismus», das heißt von der *hier und jetzt* zu beginnenden Verwirklichung einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft überzeugt, so ist er anderseits doch viel zu sehr Realpolitiker in der wirklichen Bedeutung des mißbrauchten Wortes (die Verwandelung und Verschandelung von Begriffen und Worten ist auch ein Symptom und Symbol unserer Zeit!), ist er doch viel zu sehr vertraut mit den zu überwindenden Schwierigkeiten, als daß er sich rosigen